

## IV.6 Kompromißbildungen

Die Zeitspanne der Entscheidungsfindung, die zur Nahosterklärung führte, kann von Ende Januar bis Anfang März 1965 datiert werden. Der Zeitraum begann mit der Bekanntgabe des Ulbricht-Besuchs und endete mit der Veröffentlichung der Nahosterklärung, die erste Maßnahmen im Verlauf der Krise bis hin zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel beinhaltete. Dabei kann von einer Verzögerung der Entscheidungsfindung gesprochen werden, da insbesondere zu Beginn der Krise, über einen längeren Zeitraum hinweg, keine klaren Reaktions- und Handlungsmuster von bundesrepublikanischer Seite zu erkennen waren. Verzögerungen könnten das Ergebnis von Kompromißbildungen im Entscheidungszentrum gewesen sein. Daher stellt sich die Frage, ob die Nahosterklärung das Ergebnis politischer Kompromisse gewesen ist.

Die Nahosterklärung war von unterschiedlichen Auffassungen der Entscheidungsträger geprägt. Meinungen bezüglich des Abbruchs der Beziehungen zu Ägypten und der Einstellung der Wirtschaftshilfe waren sowohl von der Regierung als auch der Opposition zu hören. So wurde auch die Diskussion um den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik von verschiedenen Auffassungen der Parteien bezüglich ihrer Konsequenzen geprägt. Grundsätzlich war man sich jedoch über alle Parteigrenzen hinweg einig, den Besuch Ulbrichts abzulehnen<sup>480</sup>.

In bezug auf den Abbruch der Beziehungen war kein inhaltlicher Konsens zwischen Bundeskanzler Erhard und Bundesaußenminister Schröder in allen Bereichen der Entscheidungsfindung festzustellen. Während Erhard sich für einen Abbruch mit den arabischen Staaten aussprach, war Schröder dagegen. Die hinter Außenminister Schröder stehende Gruppe im Kabinett favorisierte Wirtschaftssanktionen gegenüber Ägypten und versuchte somit, den Abbruch diplomatischer Beziehungen mit Kairo zu vermeiden. Bundesaußenminister Schröder versuchte geschickt, seine Position zu verteidigen, so daß unter den gegebenen Umständen der Bundesrepublik nur Wirtschaftssanktionen als Handlungsoption übrigblieben<sup>481</sup>.

Es gelang dem Bundeskabinett Anfang März 1965 unter Vorsitz von Bundeskanzler Erhard trotz wochenlanger Vorbereitungen nicht, über die Konsequenzen zu entscheiden, die die Regierung aus dem Ulbricht-Besuch ziehen sollte. Die

---

<sup>480</sup> Vgl. Abediseid, 1976, S. 179-180.

<sup>481</sup> Vgl. Die Zeit, 12. März 1965. „Und Erhard entschloß sich doch“.

Sitzung wurde vertagt und entgegen üblicher Gewohnheiten unter Ausschluß der Staatssekretäre weitergeführt<sup>482</sup>.

Während Erhard am 3. März 1965 einerseits zum Abbruch der Beziehungen neigte, andererseits aber die Anerkennung der DDR durch Ägypten als Konsequenz fürchtete, vertagte er die Entscheidung ein weiteres Mal auf den 5. März<sup>483</sup>.

Die Absicht bei bevorstehenden Wahlen gute Ergebnisse zu erzielen, läßt Entscheidungsträger oft schneller entscheiden als außerhalb des Wahlkampfes. Eine abwartende Haltung könnte damit begründet werden, daß der anstehende Wahlkampf durch eine voreilige Entscheidung nicht negativ beeinflußt werden sollte. Demgegenüber hatten die Verzögerungen in der Nahosterklärung jedoch eher negative politische Konsequenzen für Bundeskanzler Erhard. Die schwankende Meinung der Bundesregierung trug dazu bei, daß die Position Erhards in seiner eigenen Partei und in der Öffentlichkeit geschwächt wurde. So fiel Erhards Beliebtheit aufgrund seiner Unentschlossenheit in allen Meinungsumfragen rasant ab<sup>484</sup>. Es ist jedoch anzunehmen, daß die „deutsche Nahostkrise“ im Frühjahr 1965 keinen bedeutenden Einfluß auf das Wahlergebnis im Herbst 1965 hatte, da eventuelle negative Auswirkungen im Gegensatz zur Ergebnisverbesserung der CDU stehen. Bei den Bundestagswahlen am 19. September 1965, verbesserte die CDU ihr Ergebnis von 45,4 Prozent im Jahre 1961, auf 47,6 Prozent<sup>485</sup>.

Erhard konnte sich dem Druck der Unionsspitze, die Beziehungen zu den arabischen Staaten abzubrechen, nicht widersetzen. Am 6. März 1965 gab er sein Vorhaben auf, nachdem Strauß und Barzel, die ursprünglich für den Abbruch gewesen waren, von ihrem Amerika-Besuch umgestimmt zurückgekehrt waren<sup>486</sup>. Mit der zunächst abwartenden Haltung hatte insbesondere das Entscheidungszentrum um Erhard auf eine Wende zu Beginn der Krise gehofft, während nach dem Ulbricht-Besuch Kompromisse innerhalb des Entscheidungszentrums den Entscheidungsprozeß eventuell lähmten. Barzel und Strauß, die von den USA umgestimmt wurden, die Beziehungen mit den arabischen Staaten abzubrechen<sup>487</sup>, beweisen, daß die Nahosterklärung viel mehr ein Ergebnis externer Einflüsse (USA) ist als das Ergebnis innerparteilicher Kompromisse. Gleichzeitig könnten

---

<sup>482</sup> Vgl. Frankfurter Rundschau, 5.3.1965. „Kabinettsstreit über Nahostpolitik.“

<sup>483</sup> Vgl. Osterheld, 1992, S. 163.

<sup>484</sup> Vgl. Osterheld, 1992, S. 168.

<sup>485</sup> Vgl. Informationen zur politischen Bildung, 1. Quartal 1998, S.10.

<sup>486</sup> Vgl. Osterheld, 1992, S. 168.

<sup>487</sup> Vgl. Osterheld, 1992, S. 168.

jedoch wichtigere weltpolitische Ereignisse die „deutsche Nahostkrise“ im Kanzleramt von der Tagesordnung gedrängt haben.

Demgegenüber verlief die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel zielstrebig. Obwohl Schröder sich gegen die sofortige Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel ausgesprochen hatte, konnte er sich auch in diesem Punkt dem US-Einfluß nicht widersetzen<sup>488</sup>. Durch den amerikanischen Einfluß, der in Kapitel IV.5 eingehend erläutert wurde, gab Erhard in der Nahosterklärung am darauffolgenden Tag die vollständige Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel bekannt. Die geplante Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel war die einzige Richtlinienentscheidung Erhards (Art. 65 GG), die er während seiner gesamten Amtszeit vorgenommen hat<sup>489</sup>.

Die relativ schnelle Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Israel, von der Bekanntgabe der Nahosterklärung im März 1965 bis zur offiziellen Aufnahme der Beziehungen im Mai 1965, ist ebenfalls auf den Einfluß der USA zurückzuführen. Grundsätzlich wurde die Kompromißbildung bezüglich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel durch den innerparteilichen Machtkampf zwischen Barzel, Schröder und Gerstenmaier geschürt<sup>490</sup>. Barzel, der gerade aus den USA zurückgekehrt war, setzte sich in diesem Fall mit Unterstützung der USA durch. Aus einem Fernschreiben kurz vor Bekanntgabe der Nahosterklärung geht hervor, daß die deutsche Botschaft in Washington dem Auswärtigen Amt in Bonn am 9. März 1965 mitteilte, daß der amerikanische Botschafter in Israel angewiesen worden sei, bei der israelischen Regierung den Vorschlag der Bundesregierung auf Herstellung voller diplomatischer Beziehungen zu Israel zu unterstützen<sup>491</sup>. Zielstrebige deutsche Verhandlungen und Entscheidung wurde dadurch unterstützt, daß sich auch israelische Seite gewillt zeigte die Beziehungen möglichst zügig aufzunehmen.

---

<sup>488</sup> Vgl. Osterheld, 1992, S. 168.

<sup>489</sup> Interview mit dem damaligen Bundespressesprecher Karl-Günther von Hase am 19.1.2000.

<sup>490</sup> Interview mit dem damaligen Bundespressesprecher Karl-Günther von Hase am 19.1.2000.

<sup>491</sup> Vgl. PA/AA, Ref. IB4. 9.3.1965. „Fernschreiben aus Washington (verschlüsselt).“